

# „Auch das geltende Steuerrecht versteht niemand mehr“

Exklusiv-Interview mit Prof. Dr. Paul Kirchhof zum 3. Steuerreformtag am kommenden Dienstag in Straubing

Von Dr. Hans M. Götzl

*Herr Professor, „Wirtschaftskrise und/oder grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts“, unter diesem Motto steht der 3. Straubinger Steuerreformtag in der Joseph-von-Fraunhofer-Halle am kommenden Dienstag, den 31. März. Worin sehen Sie die Ursachen für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die für Steuersenkungen kaum noch Raum lässt?*

Kirchhof: Die Finanzkrise ist entstanden, weil der Finanzmarkt die Erwerbchance von der Verantwortlichkeit getrennt hat. Banken, Ratingagenturen und Versicherer haben „Finanzprodukte“ empfohlen, ohne für diese Empfehlung zu haften. Anleger haben ihr Geld in Fonds eingesetzt, ohne auch nur zu wissen, wodurch der Fonds sein Geld verdient. Banken haben Kredite an eine Zweckgesellschaft weiterverkauft, dort mit anderen Krediten gebündelt und diese wieder verkauft, ohne für die Bonität des Schuldners und diese neuen Papiere einzustehen. Viele Spekulationen waren nur noch Spiel und Wette, deren Scheitern aber auch Unbeteiligte – insbesondere die Sparer – bedrohte. Deshalb müssen die Regeln dieses Marktes so erneuert werden, dass jeder das Geschehen verstehen kann, jeder für seine Handlungen verantwortlich ist, jeder für seine Fehler haftet.

*Mit Ihrem Steuermodell, das eine krasse Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit zum Ziel hat, haben Sie vor vier Jahren nicht nur bundesweit eine kontroverse Debatte ausgelöst, sondern Sie sind auch persönlich angefeindet worden. Wäre Ihr Modell heute nicht trotzdem ein Wegweiser aus der Krise, vor allem wenn man sieht, wie unpraktikabel, unverständlich und teuer das bisherige Steuerrecht geworden ist?*

Kirchhof: Im Finanzmarkt hat jeder verspürt, dass dort nicht Vernunft, sondern Unwissen die Geschäftsgrundlage ist, dass die überhöhte Rendite nur bei überhöhtem Risiko möglich ist. Doch alle handelten nach dem Motto: Es wird schon gutgehen. Den gleichen Fehler dürfen wir im Steuerrecht nicht wiederholen. Auch das geltende Steuerrecht versteht niemand mehr. Das Recht hat seine Einsichtigkeit, damit seine Vertrauenswürdigkeit verloren. Wir wissen nicht mehr

was sich steuerlich gehört, versuchen aber – oft mit hoher Irrationalität und ähnlich wie bei Spiel und Wette – Steuern zu sparen und lassen uns durch Steueranreize auch in die ökonomische Unvernunft verlocken. Dadurch verliert der Bürger an Freiheit, die Finanzierung des Staates baut auf schwankenden Boden, Kapitalströme werden fehlgeleitet. Das Gebot eines einfachen, für jedermann verständlichen, in der individuellen Steuererklärung verantwortbaren Steuerrechts ist dringlicher denn je.

*Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg strebt für die nächste Legislaturperiode eine umfassende Steuerstrukturreform an. Welche tiefgreifende Änderungen und Schwerpunkte gilt es Ihrer Ansicht nach bei der Einkommen- Erbschaft- und Unternehmenssteuer zu setzen?*

Kirchhof: In der Einkommensteuer hat der Gesetzgeber den ersten notwendigen Schritt schon getan: Er besteuert die Einkünfte aus Kapitalvermögen im Prinzip für alle gleich mit 25 Prozent, vereinfacht dabei die Bemessungsgrundlage grundlegend. Was aber für die Einkünfte aus Kapital richtig ist, muss auch künftig für die Einkünfte aus Arbeit gelten.

Bei der Unternehmensteuer muss der Gegensatz zwischen Einkommensteuer und Körperschaftsteuer beseitigt werden. Die Gewerbesteuer ist durch eine Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer zu ersetzen.

Bei der Erbschaftsteuer gilt ebenfalls der Grundsatz, dass alle Ausnahmetatbestände abgeschafft, da-



Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D. und Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg.

für die Steuersätze radikal gesenkt werden müssen. Außerdem sollte die Erbschaftsteuer nur die Erbschaft in der Generationenfolge belasten, nicht die Erbfolge unter Ehegatten.

*Laut EU-Beschluss haben die Mitgliedsstaaten jetzt freie Hand, die Mehrwertsteuer auf Dienstleistungen zu senken. Finanzminister Peer Steinbrück hat dies für die Bundesrepublik jedoch ausgeschlossen. Ist dies nicht ein krasser Fall von Wettbewerbs-Verzerrung vor allem im Tourismus-Hotel- und*

*Gaststättenbereich?*

Kirchhof: Auch für die Mehrwertsteuer gilt das Erfordernis der Einfachheit und Verständlichkeit, des Abbaus von Sondertatbeständen. Deswegen sollte der abgesenkte Steuersatz europaweit möglichst zurückgenommen, nicht ausgedehnt werden.

*Ein Rettungspaket für Banken, ein Schutzschirm für notleidende Unternehmen, noch mehr Steuergelder für Investitionen. Kehrt der rheinische Kapitalismus zurück? Erleben wir derzeit einen neuen Primat der Politik über die Wirtschaft? Welche Folgen befürchten Sie?*

Kirchhof: Not ist kein guter Ratgeber für allgemeine Gesetze. Der Staat sollte die notwendigen Rettungsmaßnahmen möglichst mit einer Rückkehr zur rechtlichen Normalität verbinden. Deswegen sollte er das Recht vereinfachen, die ohnehin geplanten

Investitionen vorziehen, Rettungspakete allenfalls schnüren und Schutzschirme nur aufspannen, wenn ein Unternehmen in überschaubarer Zeit saniert werden kann. Dabei sollte vereinbart werden, dass dieses Unternehmen nach der Sanierung durch Sonderleistungen an der Sanierung des Staatshaushaltes mitwirkt. Steuererträge werden grundsätzlich an die Allgemeinheit der Steuerzahler zurückgegeben, stehen nicht zur Deckung privatwirtschaftlicher Defizite zur Verfügung. Wir alle müssen zur Bewältigung dieser Krise Opfer brin-

gen. Doch die größten Opfer schulden diejenigen, die die Krise verursacht und an ihr verdient haben.

*Soll die öffentliche Hand überhaupt angeschlagene Industrieunternehmen wie Opel oder Schaeffler mit Steuergeldern retten? Läuft hier die Bundesregierung nicht Gefahr, ordnungspolitische Leitplanken zu durchstoßen?*

Kirchhof: Das Problem des Automarktes – der Autohersteller und ihrer Zulieferer – scheint in den Überkapazitäten zu liegen. Weltweit können fast doppelt so viele Autos gebaut werden, wie die Kunden kaufen. Deshalb müssen die deutschen Unternehmen vor allem prüfen und belegen, wie sie sich mit der Qualität ihrer Leistung und ihren Preisen am Weltmarkt werden behaupten können.

*Hält die Schuldenbremse für Bund und Länder, die nunmehr sogar im Grundgesetz verankert werden soll, das, was sie verspricht, oder hat sie nur einen Placebo-Effekt, zumal sie erst am 1. Januar 2011 inkraft tritt und die Haushalte spätestens im Jahr 2020 diese vorgegebenen Grenzen einhalten müssen?*

Kirchhof: Es ist ein Verdienst der gegenwärtigen Politik, dass die verfassungsrechtliche Schuldenbremse für Bund und Länder wirksamer und verlässlicher ausgestaltet werden soll. Doch wichtig wäre ein klares Maß für die Staatsverschuldung schon für die Gegenwart, weil derzeit die Bereitschaft und teilweise auch die Notwendigkeit, sich zu verschulden, besonders ausgeprägt ist.

*Die neue amerikanische Regierung unter Präsident Barack Obama hat nun beschlossen, die „toxischen“ Papiere der Banken aufzukaufen, um die Kreditvergabe wieder in Schwung zu bringen. Wäre dies nicht auch ein Weg, denn die Bundesregierung gehen sollte?*

Kirchhof: Vergiftete Papiere kauft man nicht. Wenn der Staat die Kreditvergabe wieder in Schwung bringen muss, sollte er das im Rahmen von Vereinbarungen tun, die alle Kosten der Entgiftungsmaßnahmen letztlich den verantwortlichen Akteuren aufbürdet. Unsere Krise ist eine Denkkrise: Wir müssen Freiheit wieder mit Verantwortlichkeit verbinden, Erwerbchance mit Haftung.